

IMMER WIEDER

Die Ukraine und die deutsche Lage

In Deutschland mag man es gerne einig, jedenfalls nach außen hin. Allenthalben und in allen politischen Lagern ist deshalb der Vorwurf überaus beliebt, der jeweiligen Vertreter einer Gegenposition sei ein »Spalter«. Nun trifft dies natürlich immer wieder auch zu, ist aber eigentlich eher die unvermeidliche Begleiterscheinung einer offenen Auseinandersetzung unterschiedlicher Positionen, die von differierenden Grundannahmen ausgehen. Eben über diese Grundannahmen wird aber oft einfach nicht gesprochen. Man beharkt sich stattdessen lieber gegenseitig mit Vorwürfen.

Zu den oft wenig eingestandenen Grundannahmen im binnendeutschen Diskurs gehören nun einerseits ein solider und ebenfalls lagerübergreifender Antiamerikanismus, andererseits eine überraschend romantische Vorstellungswelt über die deutsch-russische Beziehungsgeschichte, die nicht selten gar in Vorstellungen von einer »traditionellen deutsch-russischen Freundschaft« mündet. Nun ist diese Freundschaft historisch gesehen zwar kaum irgendwo zu entdecken, ja es läßt sich abgesehen von den Napoleonischen Kriegen nicht einmal eine Zeit als interessengeleitete Verbündete ausmachen. Als Deutschlands »ältester Verbündeter« in Kämpfen von nationaler Tragweite läßt sich dagegen problemlos Polen identifizieren, ob nun gegen die Mongolen im dreizehnten Jahrhundert bei Liegnitz oder gegen die Türken im siebzehnten Jahrhundert vor Wien. Sich später gleich mehrfach zusammen mit Rußland an der Zerlegung und zeitweisen Vernichtung dieses Nachbarstaates beteiligt zu haben, gehört zweifellos zu den großen und bis heute nachwirkenden Fehlern der von deutschen Staaten formulierten Politik in Osteuropa.

Dieses Osteuropa steht nun seit dem Mauerfall, dem folgenden Ende der Sowjetunion und damit seit mehr als drei Jahrzehnten erneut vor der Frage, sich neu zu orientieren und zu organisieren. Welche Antwort man in Deutschland geben will und welcher Beitrag dazu geleistet werden soll, das stellt einmal mehr die Begriffe von Einheit und Spaltung in den politischen Raum.

Das gilt nicht nur für die derzeit heiß umkämpfte Ukraine, aber dort ganz besonders.

Tatsächlich ist die Ukraine so etwas wie der Schlüsselstein einer westlich dominierten Neuordnung in Europa nach dem Zerfall des realsozialistischen Machtblocks inklusive der Sowjetunion. Gelingt es dem »Westen«, die Ukraine in seine politischen Systeme wie die NATO und die EU zu integrieren, dann gibt es in Osteuropa kein Machtvakuum mehr und damit so gut wie keinen Spielraum für eine russische Revisionspolitik und eine Rückkehr von deren politisch-militärischer Einflusssphären in dieser Großregion.

Gelingt es dagegen der russischen Politik, die Ukraine an einer Westorientierung zu hindern, dann bieten sich ihr auch anderswo Spielräume. Angeblich bedrängte russische Minderheiten, historische Ansprüche oder gebrochene Versprechen des Westens lassen sich finden und gegebenenfalls erfinden. Die vielzitierten russischen Vorschläge gegen Ende des Jahres 2021 zielten denn auch genau darauf. Vordergründig für das internationale Publikum auf Schaffung einer gemeinsamen neuen europäischen Sicherheitsordnung hin formuliert, hatten sie zugleich eine erneuerte umfassende russische Mitsprache hinsichtlich der Verhältnisse in Staaten wie Rumänien und Bulgarien zum Ziel. Damit sollten Neuregelungen zugunsten Rußlands verbunden sein, denn eigentlich sind diese ganzen Fragen bereits in der NATO-Rußland-Grundakte geregelt worden.

Im Westen sagte man nein zu diesen Neuregelungen, womit 2021/22 ein Winter der russischen Militärvorbereitungen begann. Ganz nach früheren bekannten Mustern zog man im Rahmen von Manövern Truppen an der Grenze zusammen. Wie im Sommer 1941 spekulierte die Weltpresse monatelang über den letzten Sinn der beiderseitigen Truppenkonzentrationen. Damals kursierte das gedruckte Gerücht, die Rote Armee marschiere nur als Geleitschutz und Sicherung für Wehrmachtseinheiten auf, die durch die Ukraine in Richtung des damals britisch besetzten Irak verlegt werden sollten. 2022 konnte man lesen, die Ukraine

berete eine Operation zur Rückeroberung der abtrünnigen Donbass-Provinzen vor. Anders als 1941 beendete diesmal die russische Seite solche Spekulationen mit einer groß angelegten Militäroffensive. Sie zielte auf einen Enthauptungsschlag inklusive Eroberung der Hauptstadt Kiew.

Der russische Angriff auf die Ukraine zog deshalb als grundsätzliche Attacke auf die nach 1945 entwickelten Vertragssysteme bezeichnenderweise den Beitritt von traditionell neutralen Staaten wie Schweden und Finnland zur **NATO** nach sich. Gerade diese Beitritte zeigen das Ausmaß der Erschütterung der internationalen Verhältnisse. Schweden hatte seine eigenen Ambitionen als Militärmacht vor dreihundert Jahren nach einer Niederlage gegen Rußland weitgehend beendet und sich mit Glück und Geschick seither aus Großkriegen und Bündnissen herausgehalten. Mit dieser Haltung seien die Schweden »fett wie die Kapaune« geworden, formulierte einst der russische Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn. Er empfahl diesen Weg zur Nachahmung für Rußland, wo seither unter allen Regimen immer noch alles ins Militär fließe, das Volk nichts zu sagen habe und in Armut lebe.

Auch wenn sich die materiellen Verhältnisse der russischen Bevölkerung seit Solschenizyns Zeiten zweifellos verbessert haben, ist Rußland von einer »schwedischen« Verfassung heute immer noch weit entfernt. Bei allem territorialen Umfang Rußlands fällt das Bruttosozialprodukt pro Kopf in Schweden weiterhin fast viermal so hoch aus wie dort. Ganzer Stolz Moskaus und neben Rohstofflieferungen auch einziges Mittel für eine Machtpolitik dem eigenen imperialem Selbstverständnis gemäß sind weiterhin die Streitkräfte.

Rußland ist zugleich kein europäischer Nationalstaat, sondern vom Umfang her ein eigener Kontinent, von der innenpolitischen Struktur her ein autokratisches Vielvölkerimperium und vom Machtanspruch her eine hegemoniale Nuklearmacht. Daran lassen russische Gesprächspartner und auch die öffentlichen Verlautbarungen der Regierung keinen Zweifel. Ob ein Umbau und eine wirkliche Föderalisierung der »russischen Föderation« ohne deren weiteren Zerfall möglich wäre, ist fraglich. Es fehlt an der ideologischen Klammer. Eine sehr aktive Geschichtspolitik, die den Sieg im Zweiten Weltkrieg als Nationalmythos in den Mittelpunkt stellt, ist fast schon alles, was in diesem Bereich geboten wird. Zur Ära Putin gehört es jedenfalls, föderale Ansätze aus den 1990er Jahren wieder gestrichen zu haben. Es führen wieder »alle Wege nach Moskau«, andere Entscheidungsprozesse sind nicht mehr vorgesehen.

Den Kampf gegen die materielle »Softpower« des Westens hat Moskau in der Ukraine verloren. Der Einsatz von Militärgewalt blieb also das Mittel der Wahl und kam als solches wenig überraschend – bis auf das Ausmaß und die Zielsetzung. Ein Großangriff einer nuklearen Supermacht auf einen Nachbarstaat, der Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und im Besitz aller irgendwie möglichen internationalen Garantien für seinen Bestand ist, zum offen erklärten Zweck, sich weite Teile von ihm einzuverleiben, das ist ein historisches Novum. Angesichts von Verteidigungsanstrengungen und Unterstützungsleistungen dritter Staaten wieder und wieder mit Atomwaffeneinsatz zu drohen, ebenfalls. Die Frage, ob der russische Angriff sich als Beginn einer Ära internationaler Anarchie bis hin zum offenen Weltkrieg interpretieren läßt, wie etwa der japanische Einmarsch in die chinesische Mandschurei im Jahr 1932 nebst Gründung eines abhängigen »Kaiserreichs« ebendort, ist noch nicht beantwortet. Sie wird ein kompliziertes Thema bleiben, wie ja auch das Bild der Weltkriegsära von 1914–1945 zwischen einem der Abwehr deutsch-japanisch-italienischer Angriffe und einem des Auftakts zur Entsorgung sämtlicher europäischer Kolonialimperien sowie des osmanischen schillert. In den Trends der globalen Geschichtsschreibung seit Jahrzehnten mit deutlicher Tendenz zu Letzterem, als Auftakt zur Entkolonialisierung, aber dies sei nur am Rande vermerkt.

Die widersprüchlichen westlichen Positionen in verschiedenen Weltregionen und Problemfällen könnten jedenfalls in den kommenden Jahren verstärkt auf die Probe gestellt werden. Wer in der Ukraine die völkerrechtlich anerkannten Grenzen verteidigt, muß in Argumentationsschwierigkeiten kommen, wenn die Volksrepublik China ihr juristisch fast unwidersprochen eigenes Staatsgebiet auf der Insel Taiwan nicht nur wie bisher zurückfordern, sondern auch zurückerobern sollte. Die **USA** verteidigen dort seit Jahrzehnten einen faktischen Status quo, keinen völkerrechtlichen. Der vielleicht nicht ganz zufällig parallel zum Ukraine-Krieg von palästinensischer Seite eröffnete Kriegsschauplatz in Gaza und Israel testet ebenfalls die militärischen Kapazitäten der **USA**, einen weiteren Verbündeten mit milliardenschwerem Gerät auszustatten. Er testet auch die politische Fähigkeit und die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, israelische Aktionen im Welt-sicherheitsrat unbegrenzt zu decken, selbst wenn eine Mehrheit der **UN**-Mitglieder sie verurteilen will.

In der weltpolitischen Provinz Deutschland herrschte in den inzwischen zwei Jahren Ukraine-Krieg insgesamt

der Wunsch vor, mit den ganzen Vorgängen so wenig wie möglich belästigt zu werden, Das Thema ist ja auch geeignet, unterschiedliche Grundannahmen offenzulegen und also zu »spalten«. Zwar sprach der Kanzler im Frühjahr 2022 von einer »Zeitenwende«, und es wurde nach gewohnter bundesdeutscher Gepflogenheit erst einmal eine große Menge geborgtes Geld zu deren Bewältigung in die Hand genommen. Die Außenministerin ging rhetorisch sogar weiter. Sie sprach vom »Krieg«, den man mit Rußland führe. Sie bemühte die Kategorie vom »ukrainischen Volk« und sprach angesichts russischer Einbürgerungsaktionen im eroberten Gebiet gar Wahrheiten aus, für die ihre Regierung in Deutschland die Oppositionspartei **AfD** juristisch verfolgen läßt: Ein neuer Paß mache aus einem Ukrainer keinen Russen.

Im Allgemeinen herrschte in Deutschland jedoch viel Verständnis für die russische Position, und es wurden etliche praktische Beispiele hervorgekramt, wonach »die Amis doch auch« überall Krieg führen. Was ja nicht unzutreffend ist, aber das Ausmaß des russischen Bruchs mit den internationalen Gepflogenheiten der Nachkriegsepoche verkennt und in der Nachbarschaft ungute Erinnerungen an frühere deutsch-russische Phasen der Zusammenarbeit über die Köpfe anderer hinweg auslöste. In Osteuropa konnte man schnell den Eindruck gewinnen, beachtliche Teile der deutschen Politik – insbesondere auf der Rechten – seien durchaus bereit, im Rahmen dessen, was sie für »deutsche Interessen« halten, erneut beachtliche Teile Osteuropas unter direkten russischen Einfluß geraten zu lassen. Eine zögerliche deutsche Regierung sah sich von ihren Partnern fast schon genötigt, Position an der ukrainischen und westlichen Seite zu beziehen.

Sie tat dies dann auch, stellte Material, Fahrzeuge aller Art, schließlich Panzer zur Verfügung und wird früher oder später wahrscheinlich auch Marschflugkörper liefern, da andere **NATO**-Länder dies inzwischen bereits getan haben. Wie jener Spagat letztlich aufgelöst wird, in dem die **NATO** sich eine Niederlage der Ukraine und deren womöglich vollständige Besetzung eigentlich nicht leisten kann, andererseits aber aus innenpolitischen Gründen der Mitglieder nicht deren eigenen Truppen dorthin schicken kann, die zu einem Abwehrerfolg wohl erforderlich wären, ist noch nicht abzusehen. Wladimir Putin dürfte nicht zu Unrecht den Eindruck haben, den Westen angesichts dieser Situation ein Stück weit am Haken zu haben. Der Autor dieser Zeilen hält die Entsendung von Truppen für

letztlich wahrscheinlich, wenn es keinen Kompromiß geben sollte. Einstweilen scheint keine Seite bereit, diesen Kompromiß zu skizzieren.

Eine große Rolle für die deutsche wie auch die russische Haltung spielt im Fall Ukraine die Geschichte, oder vielmehr das, was die jeweiligen Beteiligten dafür halten. Wladimir Putin vereinnahmte die Ukraine vor der Weltöffentlichkeit kurz vor seinem Angriffsbefehl als »integralen Bestandteil«:

»Die Ukraine ist für uns nicht einfach ein Nachbarland. Sie ist integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte, unserer Kultur, unseres geistigen Raums. [...] Seit jeher nannten sich die Bewohner der südöstlichen, historischen altrussischen Lande Russen und Orthodoxe. So war es vor dem 17. Jahrhundert, als sich ein Teil dieser Gebiete wieder mit dem russländischen Staat vereinte, und so blieb es danach. [...] Also, dies zuerst: die heutige Ukraine wurde voll und ganz und ohne jede Einschränkung von Russland geschaffen, genauer: vom bolschewistischen, kommunistischen Russland.«

In Kiew konterte man diese Behauptung mit Verweisen auf den Kiewer Rus und die dortigen Kathedralen, die es schon gegeben habe, als man in Moskau noch auf den Bäumen saß. Der früher in Europa populäre Begriff des »Moskowitertums« wurde wiederbelebt, das eigentlich nur Identitätsdiebstahl betreibe, wenn es sich »russisch« nenne. Eigentlich sei es mindestens halb asiatisch, mongolisch, teilweise islamisch und barbarisch. Und selbstverständlich spielte in Zusammenhang mit der »Barbarei« auch die von Moskau zu verantwortende Hungersnot 1932–1933 eine mehr als nur rhetorische Rolle, der »Holodomor«, dem Millionen Ukrainer zum Opfer fielen. In den zahlreichen Reden des russischen Präsidenten kommt er nirgendwo vor, spielt aber natürlich für die Verbissenheit eine Rolle, mit der die Ukraine darum kämpft, nicht noch einmal von Moskau aus regiert zu werden.

In Deutschland sorgte dabei der teilweise recht freimütige Umgang einzelner ukrainischer Einheiten und Organisationen mit Symbolen aus der **NS**-Zeit für Irritationen. Genüßlich griff die russische Öffentlichkeitsarbeit dies auf und flutete die Sozialen Netzwerke mit entsprechenden Bildern. Man scheute sich dabei nicht, die laut Putin angeblich vom »Bolschewismus« geschaffene Ukraine zugleich als Hort von Nazismus darzustellen, der nun eben entnazifiziert werden solle. Vielleicht wären die Irritationen in Deutschland etwas geringer ausgefallen, hätte die bundesrepublikanische

Öffentlichkeit ein etwas differenzierteres Bild von ihrer eigenen Geschichte in diesem Zusammenhang. Zu der gehört es, daß die ersten modernen staatlichen Strukturen in der Ukraine im zwanzigsten Jahrhundert natürlich nicht von »Bolschewiken« geschaffen wurden, sondern vom deutschen Kaiserreich. Dies hob 1916–1918 von Finnland über das Baltikum und Polen bis hin nach Georgien im Ansatz erstmals jene Staatenwelt aus der Taufe, wie sie heute existiert. Überschlüssig betrachtet, ist dieser Prozeß zu keiner Zeit wieder voll rückgängig gemacht worden, wenn auch die Ukraine wie die Baltenländer und eben Georgien über Jahrzehnte hinweg wieder auf den Status von Sowjetrepubliken heruntergedrückt wurden.

Zu der deutsch-ukrainischen Beziehungsgeschichte gehört es auch, daß die einrückenden Wehrmachtstruppen 1941 in der Ukraine angesichts der vorherigen Verhältnisse im stalinistischen Rußland tatsächlich vorwiegend erst einmal als Befreier angesehen und begrüßt wurden. Wenig bekannt ist zudem der bald darauf folgende Befehl zur Entlassung sämtlicher ukrainischstämmiger Kriegsgefangener im Spätsommer 1941. Es waren mehrere Hunderttausend, die den Versuch machen sollten, die Ernte des Jahres so weit wie möglich noch einzubringen. In den Folgejahren kam es zu Besatzungsterror, aber auch zu Ansätzen von dem, was man heute »Nationbuilding« nennen würde.

»Da auf Mitarbeit der in den Gebieten jetzt bodenständigen Bevölkerung nicht verzichtet werden kann, muss die zu schaffende Völkerordnung im Ostraum auf eine Befriedung der dortigen Einwohner abzielen. Diese Befriedung wird dadurch erreicht, dass die nötige Bereitstellung von Siedlungsland für die Ansetzung deutscher Menschen nicht wie bisher durch Evakuierungen, sondern durch Umsetzung der bisherigen Bewohner auf anderem Kolchose- und Sowchoseland mit gleichzeitiger Verleihung von Bodenbesitzrechten erfolgt.« So stand es lapidar in der 1942 gebilligten Form des »Generalplans Ost«.

Dies näher auszuführen und insgesamt zu beurteilen, ist hier nicht der Ort. Die deutsche Besatzungszeit in der Ukraine hinterließ dort jedenfalls einen ambivalenteren Eindruck, als dies hierzulande im Geschichtsbewußtsein verankert ist. Eine Rückkehr der sowjetischen Herrschaft erschien vielen Ukrainern bereits damals untragbar, und so wurde der Kampf dagegen dann nach 1945 in der Ukraine noch einige Jahre in der Form des Guerillakrieges fortgesetzt, in dessen Tradition sich einzelne Einheiten der ukrainischen Armee auch heute sehen.

Als die USA sich 1990 daran machten, die vorhandenen innereuropäischen Widerstände gegen eine Vereinigung von BRD und DDR zu einer größeren Bundesrepublik auszuräumen, war von »Partnership in Leadership« die Rede. Eine erweiterte Bundesrepublik schien aus Washingtoner Perspektive als nützlicher Partner in Zentraleuropa gut ins Konzept zu passen. Das war vor mehr als dreißig Jahren. Seitdem haben sich die innerdeutschen Widerstände gegen diese neue Einheit in gewisser Weise sogar als hartnäckiger als die außerdeutschen erwiesen. Das nach Berlin verschobene Personal der Bonner Republik konnte mit dem deutschen Nationalstaat eigentlich nichts anfangen und wollte ihn möglichst zügig loswerden, vorzugsweise in der Europäischen Union aufgehen lassen.

Als Beobachtung gilt dies bis heute, zumal nach dem Ausscheiden der von Willy Brandt und Helmut Kohl in den Wiedervereinigungsjahren repräsentierten Generation aus der Politik. Daß mit dem Zerfall des Ostblocks und der Sowjetunion sozusagen aus Versehen noch nachträglich der Erste Weltkrieg gewonnen wurde, dieser geopolitisch durchaus fundierte Gedanke kommt in Berlin niemandem. Es wäre der Weg frei für ein Europa demokratischer Nationalstaaten, zu denen letztlich auch die Ukraine als Nation gehören könnte und müßte, wenn es ein stabiles Europa sein sollte. Voraussichtlich wäre dies ein etwas anderes Europa, als es die EU gegenwärtig plant. Der Begriff von transatlantischer »Partnership« bekäme eine andere Bedeutung. Es wäre auch ein Europa, in dem eine deutsche Ministerin wohl nicht nur im Ausland zwischen Staats- und Volkszugehörigkeit zu unterscheiden und in diesem Zusammenhang die Vergabe von Pässen zutreffend einzustufen wüßte, sondern auch im Inneren.

Darüber wird gestritten werden, auch wenn es zwischenzeitlich zur gefürchteten »Spaltung« kommen sollte. Spaltung tut manchmal not.

Die letzte Alternative zu einer dauerhaften Stützung der Ukraine wäre unter den gegenwärtigen Verhältnissen mithin eine Rückkehr russischer Machtansprüche in Ost- und mittelbar auch in Mitteleuropa. Da sie dort auf entsprechenden westlichen und US-amerikanischen Gegenwind stoßen würden, stünde eventuell ein neuer Kalter Krieg inklusive hybrider Kriegsführung und russischer Atomdrohungen ins Haus. So ist die deutsche Lage, der sich der Berliner Politikbetrieb nicht wirklich dauerhaft entziehen können wird. Entweder er macht Politik, oder sie wird mit ihm gemacht.